

Wieviel Kommunalpolitik brauchen die Grünen?

Von Klaus-Peter Murawski

Bürgermeister für Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser der Landeshauptstadt Stuttgart

1. Die Kommune als Lebenszentrum des Menschen

Die Kommunalverwaltung mit ihren Dienstleistungen begleitet den Menschen von seiner Geburt bis zum Tod. Er wird in einer städtischen Klinik geboren, im Alter wird er in einer kommunalen Palliativklinik versorgt und bis zum Tod im städtischen Pflegeheim gepflegt. Dazwischen hat dieser Mensch unzählige – überwiegend positive - Berührungen mit der Politik – in aller erster Linie auf kommunaler Ebene. Für ihn ist die Kommune Dienstleisterin und Gewährleisterin im positiven Sinne. Seine Kinder werden in einer städtischen KiTa betreut, gemeinsam besucht man das Freibad, mit den Kindern zusammen wird Kultur erlebbar, sei es in der Stadtbücherei, im Museum oder für die Kleinen in der städtischen Jugendmusikschule. In seinem Stadtbezirk wird er kompetent und bürgernah von den MitarbeiterInnen des Bürgerbüros beraten. In der Bürgersprechstunde einer Stadträtin in diesem Bezirk kann er direkt und ohne bürokratische Hürden seine Anliegen anbringen. Kommune ist im Vergleich zu allen anderen staatlichen Ebenen die niederschwelligste.

Viele Städte und Gemeinden befragen ihre BürgerInnen regelmäßig zu aktuellen und wechselnden Themen, aber auch zu immer gleich bleibenden Fragestellungen wie „Zufriedenheit mit der Verwaltung“. Interessant sind in diesem Zusammenhang die überdurchschnittlich guten Benotungen, die die Befragten ihrer Verwaltung – und damit auch ihren politischen VertreterInnen geben. Politische Vertreter sind dabei die Gemeinde- oder StadträtInnen, aber auch die vom Volk direkt gewählten (Ober-) Bürgermeister und die vom Gemeinderat gewählten Beigeordneten oder Dezernenten, die in Baden-Württemberg den Status eines Bürgermeisters haben.

Von diesem Grad der Zustimmung können Landes- oder Bundespolitiker nur träumen. Im Gegensatz dazu stehen – auf den ersten Blick – die Wahlbeteiligungen auf kommunaler Ebene im Vergleich zu denen bei Bundestagswahlen. Dort wo die Menschen die direkteste demokratische Einflussnahmemöglichkeit haben, nehmen sie diese vergleichsweise zurückhaltend wahr. Mit ihrer einzelnen Stimme könnten sie beispielsweise ganz direkt über die Wahl oder Nichtwahl eines Bürgermeisters

entscheiden; dennoch ist vielen dies kein Grund, zur Wahlurne zu gehen. In der heutigen Mediengesellschaft hat die Kommunalpolitik einen schweren Stand. Das wichtigste Medium ist das Fernsehen und nicht die Tageszeitung, in der die Kommunalpolitik einen breiten Raum einnimmt. Im Fernsehen kommen überwiegend bundespolitische Themen und deren Vertreter/innen vor. Ein Bundestagswahlkampf erhält dadurch eine ungleich größere mediale Wirkung als dies eine Gemeinderatswahl je erzielen könnte.

Wenn ich als Kommunalpolitiker also die These wage, dass die Kommunalpolitik – trotz geringerer Wahlbeteiligungsquote und mäßiger Medienpräsenz – die für die Menschen unmittelbarste und damit wichtigste politische Ebene ist, wird das sicher kaum jemanden verwundern. Ich versuche deshalb, meine These auch zu untermauern und nachvollziehbar zu begründen.

2. Die Kommune als Keimzelle für politisches Engagement in der Demokratie

Die BürgerInnen identifizieren sich am stärksten mit ihrer Heimatstadt oder ihrem Dorf, in Großstädten oft sogar mit dem Bezirk, in dem sie geboren sind oder in dem sie leben. Sie sind auch am ehesten bereit, sich für „ihre Stadt“, „ihren Stadtteil“ oder „ihr Dorf“ zu engagieren. Das muss nicht immer ein politisches Engagement – oder gar ein parteipolitisches – sein. Oft genug fängt eine politische Karriere als Schulsprecher, Jugendvertreter im Betriebsrat oder als Jugendrat an. Aber immer hat es dabei mit dem unmittelbaren Umfeld zu tun. Dieses soll durch direkte Einflussnahme möglichst verbessert werden. Zu diesem Umfeld gehören auch Menschen, Menschen, die man kennt. Sie zu vertreten, für sie einzutreten, sind oftmals die Beweggründe für eine politische Karriere – und sie sind sicher nicht die schlechtesten.

Eine andere Möglichkeit bietet die parteipolitische Karriereleiter. Hier geht es darum, möglichst schnell immer wichtigere Funktionen zu besetzen, um dann in der parteiinternen Hierarchie immer höher zu gelangen und in ein Landesparlament oder in den Bundestag gewählt zu werden. Diese Möglichkeit schafft leider viel zu oft „Emporkömmlinge“ ohne festen Basisbezug und Bodenhaftung. Der parteiinterne Aufstieg lässt kaum Zeit und Raum für das wahre Leben. Deshalb stehe ich diesen Politiker/innen eher skeptisch gegenüber.

Inhaltlich bezieht sich Kommunalpolitik auf den Raum einer Gemeinde, vor allem Daseinsvorsorge, Sozialpolitik, Infrastrukturpolitik, Wirtschaftsförderung, Kultur- und Freizeitpolitik. Institutionell stellt Kommunalpolitik die unterste Stufe öffentlicher, auf eine räumliche Einheit bezogener Aufgabenerledigung dar, und zwar nicht hoheitlich durch den

Staat, sondern genossenschaftlich-gemeinschaftlich durch die Menschen vor Ort in eigener Verantwortung, wie das Wort Gemeinde bzw. Kommune (lat.) bereits deutlich macht. Normativ wird kommunale Selbstverwaltung unter Berufung auf das Subsidiaritätsprinzip begründet, wonach eine höhere Ebene nur dann tätig werden darf, wenn die untere überfordert wäre oder übergeordnete Zielsetzungen es rechtfertigen. Die Existenz der kommunalen Ebene wird auch als Chance für sachgerechtere Lösungen (Orts- und Gegenstandsnahe versus "grüner Tisch") und demokratietheoretisch als Chance zu mehr Partizipation einschließlich der damit verbundenen Qualifikationsmöglichkeit für die höheren Ebenen ("Schule der Demokratie" - elitentheoretisches Argument) gesehen.¹

Nach seiner Wahl zum Präsident des Deutschen Städtetags meinte der Münchner OB Christian Ude allerdings zu dieser These: „Von der Kommunalpolitik heißt es oft, sie sei die Schule der Demokratie. Ich halte das für Unfug, denn die Kommunalpolitik ist dem Souverän der Demokratie, den Bürgerinnen und Bürgern, sehr viel näher und oft auch wichtiger als andere Ebenen, die sich höher wähnen, aber für lange Zeiten aus dem Gesichtsfeld des Souveräns verschwinden. Vor allem aber verleitet das Bild von der 'Schule der Demokratie' zu dem Trugschluss, wir würden wie ein Schülerparlament schon mal üben, so zu werden wie die große Politik. Zum Glück kann ich nach mehr als einem Jahrzehnt im Präsidium sagen: Das Gegenteil ist der Fall! Ich habe keine einzige parteipolitische Intrige, keinen Schaufensterantrag, keines der sattsam bekannten Spielchen erlebt, sondern nur sachorientierte Meinungsbildung und das allseitige Bemühen, die gemeinsamen Erfahrungen und Anliegen in die Form gemeinsamer Beschlüsse zu gießen, unter Respektierung unterschiedlicher Auffassungen, die man austauscht, aber nicht um jeden Preis durchboxen will. Das ließ vielleicht mal hier, mal dort einen Wunsch offen, aber es führte nicht zu einem beschämend 'kleinen gemeinsamen Nenner', sondern zu einer stattlichen Plattform gemeinsamer Überzeugungen, Beschlüsse und Aktivitäten.“²

Kommunalpolitik eignet sich weitaus weniger für Parteienpolitik als Landes- oder Bundespolitik. Sie versucht - auch nach meinem Dafürhalten - eher auf der Sachebene Lösungen oder Kompromisse zu finden. Die unmittelbare Nähe und das Feedback der BürgerInnen ließen pures Parteiengezänk gar nicht erst aufkommen. In Stuttgart beispielsweise spiegeln die parteipolitisch besetzten Beigeordneten das Verhältnis der Fraktionen im Rat wider. Das heißt, es gibt eine „Allparteienregierung“ der

¹ Heidelberger Online Lexikon der Politik

² Christian Ude bei der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags am 2. Juni 2005

Landeshauptstadt Stuttgart – und dies seit Jahrzehnten. Im Rat selbst gibt es wechselnde Mehrheiten: mal bürgerlich-konservativ, mal schwarz-grün oder rot-grün oder über alle Parteigrenzen hinweg. Dass dieses Politikmodell erfolgreich ist, lässt sich an wenigen Daten und Fakten eindrucksvoll belegen: Stuttgart ist die finanziell gesündeste Großstadt in Deutschland und mit München zusammen die am ausgewogensten prosperierende Großstadt und nach Hamburg die reformfreudigste dazu³. Sie hat für ihre vorbildliche Integrationspolitik den Preis der Unesco und den Preis der Bertelsmann-Stiftung erhalten⁴.

Ich bin mir sicher, dass dieses Politikmodell viel moderner ist und den Bedürfnissen der Menschen eher entspricht als das allseits bekannte auf Bundesebene, das sich überwiegend in Ritualen ergeht und damit einfach nur noch langweilig ist. Durch den täglichen Kontakt der Kommunalpolitiker – seien es StadträtInnen oder BürgermeisterInnen – zu den Menschen in ihrer Stadt oder Gemeinde haben die Politiker mehr Bodenhaftung. Sie haben sich nicht alle vier Jahre zur Wahl zu stellen, sondern müssen sich fast täglich dem öffentlichen Votum und/oder der direkten Auseinandersetzung mit den BürgerInnen stellen. Allein in Baden-Württemberg sind dies rund 20.000 ehrenamtlich tätige StadträtInnen und GemeinderätInnen! Schon die Menge deutet auf die Wirkung der Kommunalpolitik hin oder anders ausgedrückt: keine Partei kann sich leisten, auf dieses Potenzial nicht zuzugreifen.

3. Bürgerbeteiligung in der Kommune

Bürgerbeteiligung ist das urgrüne Thema schlecht hin. Die Partei hat ihre Wurzeln in der Anti-Atomkraft- und Friedensbewegung. Waren es vor 20-30 Jahren noch fast ausschließlich bundes- bzw. außenpolitische Themen, findet heute die Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft in der Regel (positiv) auf kommunaler Ebene statt. Als bekanntestes Beispiel führe ich die Lokale Agenda Prozesse an, die es in fast jeder Stadt gibt und in denen sich unzählige BürgerInnen aktiv an der Verbesserung der Lebensverhältnisse in ihrem unmittelbaren Bereich, der Umwelt, des fairen Handels usw. engagieren. In den meisten Fällen haben KommunalpolitikerInnen entweder direkt oder indirekt diese Prozesse unterstützt, in dem sie Ressourcen zur Verfügung gestellt und weitere notwendige Rahmenbedingungen geschaffen oder dazu beigetragen haben, Projektideen umzusetzen. Das Motto „global denken – lokal handeln“ müsste eigentlich für die gesamte Kommunalpolitik gelten. Ich bin mir sicher, dass die Unterstützung der

³ Wirtschaftswoche Städteranking – Studie Universität Bremen - Deutscher Städtetag

⁴ Unesco --- Integrationspreis (Großstädte) der Bertelsmann-Stiftung und der Bundesregierung .. Juni 2005

Lokale Agenda Prozesse durch die Städte und Gemeinden die Einstellung der Menschen den Politikern gegenüber positiv beeinflusst hat. Andererseits hoffe ich, dass diese Prozesse auch ihren positiven Einfluss auf die PolitikerInnen nicht verfehlt haben.

Ich würde mir mehr Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene wünschen. Leider bestehen in diesem Land immer noch erhebliche Vorbehalte gegen Bürgerbeteiligungen, Bürgerbegehren und –entscheide. Auf der einen Seite befürchtet das politische Establishment um seinen Alleinherrschaftsanspruch, auf der anderen Seite traut man offensichtlich den Menschen nur wenig politische Vernunft zu. Das bayerische Modell, das ich als Kommunalpolitiker (Stadtrat und Bürgermeister) in Nürnberg hautnah erlebt habe, beweist eigentlich das Gegenteil – und ein Blick über unsere Grenzen hinweg in die Schweiz untermauert dieses noch.

Aber auch ohne formale Grundlagen können Kommunen frühzeitig und intensiv die BürgerInnen an den Planungen beteiligen. Nur ernst gemeint muss es sein! Nichts ist schlimmer als enttäuschte Erwartungen, wenn die Anregungen aus einer Bürgerbeteiligung von den PolitikerInnen einfach vom Tisch gewischt werden. Dann plädiere ich für mehr Ehrlichkeit und den Verzicht auf Pseudo-Beteiligung. Um jedoch Mut zu machen, mehr und mehr BürgerInnen in die Planungs- und Realisierungsprozesse auf kommunaler Ebene einzubinden, möchte ich auf die vielen kleinen Erfolge in Stuttgart verweisen. Das Garten- und Friedhofsamt beteiligt regelmäßig Kinder und Eltern bei der Spielplatzplanung, -gestaltung und bei der Realisierung. Außerdem gibt es Spielplatz- und Baumpatenschaften, bei denen sich BürgerInnen für diese Verantwortung übernehmen. Der Effekt ist eindeutig: dort wo sich Menschen mit Einrichtungen oder Bäumen oder anderem identifizieren, werden diese ganz anders geachtet und pfleglich behandelt. Übersetzt auf die Politik als solche bedeutet dies, den Menschen Verantwortung zu übertragen; sie gehen sehr klug und wirtschaftlich damit um. Und es ist ein sehr wirksamer Ansatz, die Glaubwürdigkeit der Politik und das Vertrauen der BürgerInnen zurückzugewinnen.

Kinderbeteiligung

Eine weitere Beteiligungsform ist die Kinderbeteiligung- Seitens der Stadt Stuttgart erwarten wir uns von der Kinder- und Jugendpartizipation die Schaffung eines Wertehintergrundes bei der jungen Generation, die Reduzierung der Politikverdrossenheit, die verstärkte Teilnahme von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftspolitischen Prozessen, zielgenauere Planungen, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen, eine Akzeptanzsteigerung von Rechten und

Pflichten, ein Interessenausgleich zwischen Jung und Alt und die Steigerung der Lebens- und Wertekultur zwischen den Nationen und Generationen.

In Stuttgart gibt es Beteiligungsformen bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes, Schulwegplanung eingeschlossen. Stuttgart hat ein Kinderforum durchgeführt. In den Tageseinrichtungen für Kinder werden diese z.B. bei der Gestaltung der Abläufe, bei der Ausgestaltung der Rechte und Pflichten der Kinder, sowie vereinzelt bei der Planung von Neu- oder Umbau von Einrichtungen beteiligt. Ich beabsichtige beim Neubau des größten Kinderkrankenhauses in Deutschland, das Olgahospital, die kleinen Patienten in die Planung des Neubaus einzubeziehen. Diese Art der Beteiligung zu fördern, steht den Grünen sehr gut an und könnte – ja sollte – beispielhaft für ähnliche Projekte in Deutschland sein.

Ein weiteres Anliegen von mir sind Kinderversammlungen – analog der Bürgerversammlungen. Hier hat man in Nürnberg schon gute Erfahrungen gemacht. In diesen Versammlungen können die Kinder ihre Belange, ihre Sorgen und Anregungen, aber auch ihre Kritik dem Bürgermeister oder Oberbürgermeister gegenüber artikulieren. Voraussetzung ist allerdings, dass die Repräsentanten der Stadt die Kinder genauso ernst nehmen, wie die Erwachsenen.

Jugendräte

Weder auf bundes- noch auf landespolitischer Ebene können sich Jugendliche in politischen Gremien engagieren. Ob die Diskussion um die Absenkung des Wahlalters dem demokratischen Gedanken förderlich ist, wird sich noch zeigen. Ich setze stärker auf die praktischen Beispiele in den Kommunen, die Jugendlichen schon jetzt an die Politik heranzuführen. In vielen Städten gibt es so genannte Jugendräte. Jugendliche werden von Jugendlichen – meist unter Beteiligung der Schulen – als VertreterInnen in die gleichnamigen Gremien gewählt. Wenn diese auch keine echte Entscheidungskompetenz haben, können sie doch immerhin Anregungen geben. Aufgabe der StadträtInnen ist, diese Anliegen ernst zu nehmen und in ihre Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dann besteht die realistische Chance, dass wir den Jugendlichen in unserem Lande Politik als greifbar, interessant, realistisch, verantwortungsvoll und ehrlich vermitteln können.

Ehrenamtliches Engagement

Bürger engagieren sich auf allen Ebenen gesellschaftlichen Lebens – am meisten jedoch in ihrem unmittelbaren Umfeld. Stuttgart hat eine Ehrenamtsbörse – auch im Internet - geschaffen, bei der sich Interessierte über Möglichkeiten informieren können, wo sie sich dauerhaft oder temporär engagieren wollen. Dieses ehrenamtliche Engagement zu fördern und die notwendigen Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen, sei es finanziell, ideell oder durch Bereitstellung von Logistik und Räumen (Bürgerhäuser), ist eine vornehme Aufgabe von Kommunalpolitik. Nicht selten mündet ein „unpolitisches“ Ehrenamt in ein Mandat als Stadträtin oder Kreisrat.

4. Kommunalpolitik im direkten Dialog mit den BürgerInnen

Die Stärke der Kommunalpolitik ist ihre Bodenhaftung und ihre an sachlichen Argumenten und Sachlogik orientierte Lösungsfindung. Ich denke das rührt daher, dass ein direkter Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern besteht. Wenn ich aus dem Rathaus gehe, erwarte ich immer, von den Menschen auf dem Marktplatz angesprochen zu werden. Auch telefonisch bin ich grundsätzlich für jedermann zu sprechen. In meiner Bürgersprechstunde habe ich immer jeden empfangen, der mich sprechen wollte. Auf der kommunalen Ebene kämpfen die PolitikerInnen dafür, das Vertrauen zurück zu gewinnen, das die Politik an anderer Stelle verloren hat. Diese Unmittelbarkeit des Handelns, der Wirkungen und der Reaktionen machen die Schwierigkeit aber auch die Stärke von Kommunalpolitik aus. Die berechtigte und unberechtigte Kritik kommt ganz direkt aus der Bürgerschaft und den Vereinen, Verbänden, der Wirtschaft und der Kirchen dort an, wo sie Wirkung zeigt: Bei den Menschen, die Politik gestalten. Und das ist gut so!, wie der Kollege Wowereit sagen würde.

Die aktuelle Diskussion um die EU-Verfassung zeigt überdeutlich eine Konzentration auf die Nationalstaaten. Konsequenterweise weiter analysiert kann man feststellen, dass auch die Nationen für viele Menschen zu unpersönlich und anonym sind, sie orientieren sich eher auf die Regionen oder Kommunen bzw. ihre Stadtbezirke oder Straßenzüge. Damit kommt die Sehnsucht des Menschen nach Heimat und Zugehörigkeit zum Ausdruck. Mega-Organisationen sind ihnen suspekt, kalt und fremd. Wenn die „große“ Politik die Erfahrungen der Kommunalpolitik annehmen würde, könnten auf diese Entwicklungen Antworten gefunden werden. Für viele BürgerInnen ist Europa ein virtuelles Etwas, zu dem sie keinen Bezug haben und von dem sie glauben, dass sie ohnehin nichts verändern können. Die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Europapolitik sind kaum sichtbar, deren Vertreter werden nicht verstanden und die Konstruktion der politischen Ebenen ist unübersichtlich und für viele Menschen kaum nachvollziehbar.

Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Politiker sind größer als beim Bund oder bei den Länder oder gar bei der EU – gilt nicht für Spitzenpolitiker, Minister o.ä. weil Mandatsträger sog. höherer parlamentarischer Ebenen nach langjährigen wissenschaftlichen Untersuchungen zu 90% nur die Vorschläge der Ministerialverwaltung verabschieden – allenfalls mit geringen Änderungen, die in der Regel Verschlechterungen sind. Schon Max Weber kam zu dem Ergebnis, daß Berufspolitiker auf gesamtdeutscher Ebene aufgrund der im Vergleich überragenden Kompetenz des Berufsbeamtentums keinerlei Chance auf essentielle Einflußnahme auf die konkrete Ausgestaltung von Gesetzen und Verordnungen haben, allenfalls bewegen Koalitionen über grundsätzliche Vorgaben etwas. In diesem Zusammenhang muß man der rot-grünen Koalition auf Bundesebene immerhin zugestehen, daß sie beim Staatsbürgerschaftsrecht, bei der Regelung der Energieeinsparung und der Förderung regenerativer Energiequellen und bei der Ökosteuer wichtige und nachhaltige Innovationen durchgesetzt hat. Über das Wirken dieser Regierungskonstellation im Gesundheits- und Sozialbereich wollen wir lieber den Mantel des gnädigen Schweigens breiten.

KommunalpolitikerInnen haben den Nachteil, daß ihre Fehlentscheidungen konkret erfahrbar sind, aber den Vorteil, daß ihre Erfolge ebenso greifbar und ihnen zuzuordnen sind.

Ein Mensch, der politisch gestalten und gleichzeitig ein ganzes, Leben in seiner prachtvollen Fülle leben möchte, wird sich deshalb immer für die Kommunalpolitik und gegen die virtuellen Politikwelten entscheiden.

Eine Partei, deren Wählerschaft derart selbstbewußt und bürgerentscheidungswillig ist wie Bündnis 90/Die Grünen, handelt im eigenen existentiellen Interesse der Kommunalpolitik im Vergleich mit anderen Parteien einen bestmöglichen Stellenwert zuzuweisen.

Die Wahrheit ist immer konkret und die Konkretsebene der Politik ist die Kommune.